

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Reinhold Strobl, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

### **Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen, Einführung einer internationalen Transaktionssteuer**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu ergreifen.

Ziel dieser Bundesratsinitiative sind folgende Punkte:

- Die Bundesregierung von der ökonomischen und ökologischen Nützlichkeit einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu überzeugen, damit sie im Rahmen der europäischen Institutionen und in bilateralen Gesprächen diese Forderung mit Nachdruck vertritt und
- dass sich die Bundesregierung auf nationaler Ebene in allen zuständigen Gremien entschieden für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzt und auch im Vorfeld des G20-Gipfels im Juni 2010 innerhalb der EU abgestimmte Vorschläge vorlegt, die auch einen konkreten Umsetzungszeitplan umfassen. Sie müssen eine breite Bemessungsgrundlage der Steuer und niedrige Steuersätze zur Grundlage haben.
- Sofern im Rahmen der G20 keine zeitnahe Einigung erzielt werden kann, soll sich die Bundesregierung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer innerhalb der EU einsetzen.
- Die Einführung einer nationalen Börsenumsatzsteuer in Deutschland, die sich am britischen Vorbild der „stamp duty“ orientiert, falls sich auch innerhalb der EU alsbald keine Übereinkunft erreichen lässt.

#### **Begründung:**

Die Welt befindet sich noch immer in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Überall mussten Regierungen gigantische Summen in die internationalen Finanzmärkte pumpen und haben diese damit vor dem Kollaps bewahrt. Oftmals um den Preis einer enormen und nie dagewesenen Staatsverschuldung. Dabei braucht es die Finanzmittel der öffentlichen Hand mehr als

dringlich für Investitionen in Bildung und Forschung, für die Bekämpfung der Armut und für Maßnahmen gegen den weltweiten Klimawandel.

Die Ursachen der Krise liegen in weltweit liberalisierter Regulierung und Aufsicht als Ergebnis einer marktradikalen Ideologie, bei der es nur um die Maximierung von Profit, Kapitalrenditen und höchstmögliche Boni ging und die ursprüngliche dienende Funktion von Finanzmärkten und deren Funktion für das Gemeinwohl oft vollständig ignorierte. Die Folgen dieser Gier müssen nun alle tragen. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und Unternehmen.

Einerseits wird nach dem Staat gerufen um viel Geld für die Rettung maroder Banken und Versicherungen bereitzustellen, andererseits werden schon wieder Rekordgewinne erzielt und jede Einmischung des Staates als unanständig oder finanzmarktschädlich zurückgewiesen. Das verstehen die Menschen zu Recht nicht mehr. Der Vertrauensverlust in den Finanzmarkt ist enorm. Er wird auch zum Vertrauensverlust in die Politik führen, wenn sie es nicht schafft, auch die Verursacher der Krise mit in die Haftung zu nehmen und künftig eine stärkere Verantwortung der Finanzwirtschaft für das Allgemeinwohl und die Gesellschaft einzufordern und durchzusetzen. Noch nie war deshalb das Zeitfenster so günstig wie heute, auch international endlich zu einer Einigung zu kommen und eine allgemeine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ist ein wichtiges, geeignetes und angemessenes Instrument, dass ein Teil der enormen Kosten der Krise dort hereingeholt wird, wo die Spekulation die schlimmsten Blüten trieb. Auch US-Präsident Obama hat unlängst betont: „Sollten wir Verluste haben, schlage ich eine ‚Financial Stability Fee‘ für die Finanzindustrie vor, damit die Wall Street die Rechnung bezahlt – und nicht der amerikanische Steuerzahler“.

James Tobin hat schon vor Jahrzehnten eine Steuer auf Devisentransaktionen vorgeschlagen. Im Gegensatz zu dieser sogenannten „Tobin-Steuer“ hätte eine internationale Finanztransaktionssteuer eine allgemeine und viel breitere Bemessungsgrundlage: Erfasst wären alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten und alle Devisentransaktionen.

Im Jahr 2006 wurde nach Berechnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der World Federation of Exchanges (WFE) auf den globalen Finanzmärkten über das 70-fache des weltweiten nominellen Bruttoinlandsproduktes umgesetzt. Damit hat sich der Wert im Vergleich zum Jahr 1990 mehr als vervierfacht. Beinahe das gesamte Wachstum des Transaktionsvolumens geht auf die Expansion des Derivatehandels zurück, bei dem Wetten auf Preise der Zukunft abgeschlossen werden. Im Raum der G20 werden knapp 90 Prozent des weltweiten BIP erwirtschaftet, auf ihren Börsen und Handelsplätzen verantworten sie 92 Prozent des Aktienhandels und 76 Prozent des Anleihehandels. Dies muss künftig dazu führen, dass solche Transaktionen ihren Teil zu den staatlichen Einnahmen beitragen. Eine Finanztransaktionssteuer würde auch helfen, in Zukunft die Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen. Denn sie wird dann zu einer merklichen Belastung, je öfter die Transaktion stattfindet. Dagegen wird die Banküberweisung oder das Geldabheben am Bankautomaten nicht besteuert. Kleinanleger werden nicht oder nur sehr gering besteuert. Die bereits heute anfallenden Bank- und Depotgebühren sind um ein Vielfaches höher.

Innerhalb weniger Tage haben 50.000 Menschen in Deutschland die Petition „Steuer gegen Armut“ unterzeichnet. Jetzt gibt es eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zur internationalen Finanztransaktionssteuer. Die Initiative wird von einer Vielzahl von Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen mitgetragen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass viele Menschen eine Veränderung der Regeln auf den Finanzmärkten wollen.

Auch international steigt die Zahl der Befürworter einer Finanztransaktionssteuer. Der französische Staatspräsident Nikolas Sarkozy und der britische Premierminister Gordon Brown haben Unterstützung signalisiert. Auch die drei Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman, Joseph Stiglitz und Daniel McFadden, der Chef der britischen Finanzaufsicht FSA, Adair Turner, der ehemalige Präsident der Weltbank, James Wolfensohn, und der ehemalige Chefvolkswirt des IWF, Simon Johnson, haben sich für ihre Einführung ausgesprochen. Gerade haben 200 renommierte Ökonomen, Professoren und Wirtschaftswissenschaftler in einem öffentlichen Aufruf die Politik aufgefordert, endlich zu handeln. Die G20 haben vergangenes Jahr den IWF beauftragt, bis Juni 2010 eine Machbarkeitsstudie vorzulegen.

Auch Bundespräsident Horst Köhler hat sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer ausgesprochen.

Steuern auf Finanztransaktionen sind schließlich auch nichts Neues. Eine Reihe von Staaten erhebt bis heute Börsenumsatzsteuern. So zum Beispiel die Schweiz, Großbritannien, Belgien,

Griechenland, Irland, Polen und Indien. In Deutschland wurde die Börsenumsatzsteuer erst im Jahr 1991 abgeschafft. Börsenumsatzsteuern haben zwar eine kleinere Bemessungsgrundlage als eine allgemeine internationale Finanztransaktionssteuer, weil außerbörsliche Geschäfte („Over-the-Counter“) nicht erfasst sind. Auch mit reinen Börsenumsatzsteuern lassen sich aber erhebliche Einnahmen erzielen. In Großbritannien lag das Steueraufkommen in den Jahren 2000 bis 2007 bei umgerechnet durchschnittlich 3,7 Mrd. Euro jährlich. Diese Stempelsteuer („stamp duty“) in Höhe von 0,5 Prozent bis 1,5 Prozent des Transaktionswertes, wie sie in Großbritannien schon seit 1694 existiert, könnte Vorbild auch für Deutschland sein, sollte sich international keine Einigung erzielen lassen.

Berechnungen des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) gehen bei einer internationalen Finanztransaktionssteuer und sehr niedrigen Steuersätzen von 0,01 Prozent bis 0,05 Prozent des Transaktionswertes von einem Steueraufkommen in Höhe von einem Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes aus. In Deutschland könnten so jährliche Einnahmen von 10 bis 20 Mrd. Euro generiert werden. Geld, das wir auch brauchen, um die Kosten der Finanzkrise abzufedern und die Lasten gerecht zu verteilen.

In den letzten Monaten waren verantwortungsvolle Regierungen auf der ganzen Welt mit dem Krisenmanagement beschäftigt. Jetzt müssen die richtigen Lehren aus der Krise gezogen werden.